

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861

Freitag, 7. Juli 1972



Blatt 1864

Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche:

Rennweg stadteinwärts gesperrt =====

Wien, 7.7. (RK) Gleisarbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe erzwingen ab Montag kommender Woche eine Sperre des Rennweges zwischen Landstraßer Hauptstraße und Oberzeller Gasse für den Verkehr in Richtung zur Stadt. Während der etwa einmonatigen Bauarbeiten müssen die Autofahrer eine Umleitung in Kauf nehmen, die durch die Landstraßer Hauptstraße bis zur Oberzeller Gasse führt. Bei der Oberzeller Gasse wird ein provisorisches Lichtsignal für die Linksabbieger zum Rennweg installiert sein. Gleichzeitig wird die vorhandene Umleitung des Rennweges in Richtung stadtauswärts vor der Kreuzung mit der Landstraßer Hauptstraße aufgelassen. Der Verkehr kann wieder über den Rennweg geführt werden.

Am Montag beginnen auch Gleiserneuerungsarbeiten in der Billrothstraße zwischen Hardtgasse und Gatterburggasse. Während der fünfwöchigen Baudauer muß die Billrothstraße in diesem Bereich für den stadtauswärts führenden Durchzugsverkehr gesperrt werden. Die Umleitung erfolgt auf der Route Hardtgasse - Kreindlgasse - Gatterburggasse.

Gleisarbeiten in der Floridsdorfer Hauptstraße knapp vor der Floridsdorfer Brücke, mit denen ebenfalls am Montag begonnen wird und die drei Wochen andauern werden, werden zwar die Fahrbahnen der Floridsdorfer Hauptstraße nicht behindern, doch muß während dreier Nächte der Linksabbiegeverkehr von der Floridsdorfer Hauptstraße in

./.

den Hubertusdamm und vom Hubertusdamm nach links zur Floridsdorfer Brücke unterbrochen werden. Erstmals wird dies in der Nacht vom 12. auf 13. Juli zwischen 23 und 4.30 Uhr der Fall sein.

Der Bau einer Erdgashochdruckleitung von Aderklaa zum Donaustädter Dampfkraftwerk wiederum wird ab Montag drei Monate lang zu einer Behinderung des Verkehrs im Biberhaufenweg zwischen Neufahrtweg und Steinspornweg führen. Die Einengung der Verkehrsfläche macht es notwendig, eine Einbahnregelung mit Hilfe automatischer Verkehrsampeln vorzunehmen.

- - -

Baumpflanzung in der Wiener Innenstadt

Wien, 7.7. (RK) Im Rahmen der Aktion "Grünes Wien" wird Bürgermeister Felix Slavik morgen, Samstag, um 9.30 Uhr, auf dem Schulhof in der Wiener Innenstadt einen Baum pflanzen. Diese Aktion ist der symbolische Auftakt für eine große Aktion zur Verschönerung der Stadt, die im Herbst forciert werden soll. Vor allem in den an Grünflächen und Bäumen armen innerstädtischen Bezirken sollen in der nächsten Zeit alle Möglichkeiten zur Neupflanzung von Bäumen und Sträuchern genutzt werden.

Geehrte Redaktion!

Wir laden Sie herzlich ein, zu dieser Veranstaltung einen Berichterstatter und einen Fotografen zu entsenden.

Bitte merken Sie vor:

Zeit: Samstag, 8. Juli, 9.30 Uhr.

Ort: Wien 1, Schulhof.

- - -

Marktübersicht:Die ersten Freilandgurken
=====

Wien, 7.7. (RK) Fast nur sinkende Preise meldet das Marktamt von den Wiener Märkten. Die stärksten Preissenkungen treten bei inländischen Fisolen und Karotten auf. Die ersten Freilandgurken, die den Wiener Markt erreicht haben, liegen preislich unter den Glashaushgurken aus dem Burgenland.

Der Höhepunkt der Ribiselernte ist gekommen, die Preise werden von Tag zu Tag günstiger. Dasselbe gilt für steirische Heidelbeeren. Leicht erhöhte Preise werden nur von der Importware gemeldet: italienische Äpfel wurden etwas teurer.

Bei den Eiern, Geflügel und Fischen keine Preisänderung.

- - -

preisgünstige gemuese- und obstsorten

9 wien, 7.7. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisgünstig:

gemuese: fisolen 8 bis 10 schilling, gurken 9 schilling, weisskraut 4 bis 5 schilling, paradeiser 7 bis 8 schilling je kilogramm, salat 2 bis 2.50 schilling je stueck.

obst: bananen 7 bis 7.50 schilling, pfirsiche 9 bis 12 schilling, ribisel 9 bis 10 schilling je kilogramm.

Wiener Landtag
=====

Wien, 7.7. (RK) Freitag um 9 Uhr trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Wilhelm Stemmer zu seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen. Auf der Tagesordnung stehen die Schaffung von Schutzzonen in Altstadtgebieten, das Landes-sportgesetz und eine Neufassung des Pflichtschulorganisationsge-setzes. Eine Anfrage der DFP und ein Antrag der FPÖ, betreffend Abstandnahme von der Erhöhung des Kulturschillings, wurden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Altstadterhaltung

StR. Dr. Hannes Krasser (ÖVP) referierte als erster Redner über die Altstadterhaltungsnovelle 1972 zur Wiener Bauordnung. Damit werde eine Materie geregelt, die nicht nur den kulturell interessierten Wienern und Ausländern, sondern ebenso seit langem dem Fremdenverkehr am Herzen liege. Denn die moderne Bauweise mit ihrem Zwang zur Einfachheit und den daraus resultierenden ge-ringen Variationen habe in zunehmendem Maß den Wert der histori-schen, reichgegliederten und differenzierten Gebäude ansteigen lassen. Diese müßten daher im öffentlichen Interesse geschützt werden. Freilich gelte es dabei, der Gefahr einer Verödung des historischen Stadtkerns nach Büroschluß entgegenzuwirken.

Das Gesetz sei mit dem Bund, vor allem dem Denkmalamt, genau abgesprochen und abgegrenzt worden und biete die Möglichkeit, daß der Gemeinderat schon in der nächsten Sitzung Schutzzonen für erhaltungswürdige Ensembles festlegen könne. Diese Schutz-zonen würden Bestandteil des Flächenwidmungsplanes. Darüber hinaus könnte auch das äußere Bild dieses Ensembles etwa auf Grund historischer Unterlagen im einzelnen festgelegt werden. Die wichtigsten Bestimmungen, so fuhr Stadtrat Dr. Krasser fort, seien ein Abtragungs- und Veränderungsverbot in diesen Schutzzonen. Frei-lich seien Änderungen unter Wahrung des Charakters der Ensembles auch künftig möglich. Zudem werde auch ein Veränderungsverbot der Ziergegenstände an den Gebäuden und ein Erhaltungsgebot für den stilgerechten Zustand festgelegt. Verletzungen könnten einen Be-hördenauftrag nach sich ziehen. Bei der Instandsetzung von Gebäuden

./.

könnten zudem Aufträge auf stilgerechte Wiederherstellung ausgesprochen werden. Als Beispiel nannte Krasser etwa ein Haus, das ursprünglich eine barocke Fassade aufgewiesen, aber im Laufe der Zeit eine klassizistische Fassade erhalten habe. In einem solchen Fall könne die Wiederherstellung der ursprünglichen, barocken Fassade gefordert werden. Schließlich biete das neue Gesetz auch die Möglichkeit, bei der Sanierung von weniger wertvollen Gebäuden innerhalb eines Ensembles Auflagen zu erteilen, damit das Gebäude an seine Umgebung stilgerecht angepaßt werden könne. Diese Bauordnungsnovelle enthalte also nicht bloß konservierende, sondern auch gestalterische Elemente. Als bedeutsam bezeichnete Krasser überdies die Bestimmung, daß in Schutzzonen Umwidmungen in Büros mit der halben Geschoßfläche begrenzt würden. Damit solle sichergestellt werden, daß im historischen Stadtkern weiterhin ausreichend Wohnflächen erhalten blieben.

Selbstverständlich sei zur Erreichung des angestrebten Ziels auch eine finanzielle Förderung notwendig, die ja bereits in Form des Kulturschillings vom Landtag geschaffen worden sei. Auch das Wohnungsverbesserungsgesetz und das Wohnbauförderungsgesetz könnten und sollten für diesen Zweck herangezogen werden.

Abg. Dr. Tuma (DFP) bezeichnete das Gesetz als eine sehr gute legislative Arbeit, meinte aber, es habe lange gebraucht, bis es dem Landtag vorgelegt worden sei. Schließlich sei es von Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude Fröhlich-Sandner bereits für das Frühjahr 1970 versprochen gewesen. Zur finanziellen Situation meinte Tuma, seiner Meinung nach sei die Zweckbindung im Kulturschillinggesetz für die Altstadterhaltung zu schwach. Zum Schutz der Altstadt müßten überdies noch andere Maßnahmen vorgenommen werden: etwa eine Verbesserung der Verkehrserschließung der Innenstadt, die Anlage größerer Fußgängerzonen und eine Änderung der Ladenschlußzeiten, um die Innenstadt mit Leben erfüllen zu können.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) meinte, die Altstadterhaltungsnovelle sei nicht jene umfassende wirksame Regelung, die er sich erwartet habe und wie sie zum Beispiel das Altstadterhaltungsgesetz von Salzburg darstelle. In dieser Meinung gehe er mit einer Stellungnahme der Wiener Handelskammer konform. Dr. Hirnschall erklärte zwar die Zustimmung seiner Fraktion, kritisierte aber das Fehlen eines klaren Rechtsanspruchs der Hauseigentümer auf Förderung für eine kulturhistorisch einwandfreie Restaurierung. Außerdem stehe nicht fest, wie viele Förderungsmittel pro Jahr zur Verfügung stehen. Über Restaurierungsvorhaben müßten die Hausinhaber direkt und nicht nur durch Kundmachungen im Amtsblatt der Stadt Wien und in der Wiener Zeitung benachrichtigt werden. Auch sollte der Umfang der Schutzzonen nach Meinung Dr. Hirnschalls in dem Landesgesetz verankert sein. An die Geschäftsgruppen für Planung und Kultur appellierte der Redner, möglichst bald die Voraussetzungen für das Wirksamwerden der Altstadterhaltungsnovelle zu schaffen. Der Schutzzonenplan des Kulturamtes sollte vollinhaltlich wirksam werden.

Für die ÖVP erklärte Abg. DDr. Gräf die Zustimmung und holte dabei zu einem Diskurs über die Demokratie aus, "die von uns vorgelebt und von den anderen nachgelebt werden sollte". Das Gesetzeswerk sei von diesem Geist der Demokratie erfüllt, um den sich die Abgeordneten des Landtags unter persönlichem Einsatz bemühen, erklärte der Redner unter dem Beifall aller Fraktionen.

Das Gesetzeswerk müsse in jener Geisteshaltung gesehen werden, die den Eigentümer auch den kulturellen Wert seines Eigentums bewußt werden läßt. In der Bevölkerung müsse das Bewußtsein um eine große gemeinsame Aufgabe wach werden.

Die Altstadterhaltungsnovelle sei im übrigen das gesetzliche Korsett, dem nun die Planungsunterlagen und Vorschläge zur Schaffung der Schutzzonen folgen werden.

Als letzter Redner skizzierte GR. Wiesinger (SPÖ) nochmals die ganze Bewußtseinsbildung rund um die Altstadterhaltung, er schilderte gleichzeitig auch das schrittweise Vorrücken der Stadtverwaltung - von der Altfassadenaktion über die Ausarbeitung des Schutzzonenplanes bis zum Altstadterhaltungs-Fonds.

Besonders würdigte Wiesinger die Erläuterungen zu der vorliegenden Novelle, die er als außerordentlich präzise und deutlich bezeichnete. Die Novelle zur Bauordnung sei ein wesentlicher Schritt, aber keineswegs der letzte.

Im Schlußwort gestand StR. Dr. Krasser zu, daß es sich bei dem vorliegenden Gesetzeswerk um ein Kompromiß handle, aber schließlich sei Politik die Kunst des Möglichen. Krasser bekannte sich noch einmal dazu, daß die Schutzzonen nicht direkt in der Novelle enthalten sind: Dies wäre mit der Bauordnung kaum zu vereinbaren gewesen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Landessportgesetz

Das Landessportgesetz für Wien werde eine wesentlich bessere Übersicht bringen und die Koordinierung aller Aktivitäten leichter machen, erläuterte die Berichterstatterin dieser Gesetzesvorlage, Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ). Die Rednerin wies darauf hin, daß nach dem Bundesverfassungsgesetz die Bundesländer für die Regelung des Sportes zuständig sind, diese Zuständigkeit jedoch noch nicht von allen Ländern wahrgenommen wird. Mit dem neuen Gesetz, an dem alle Sportorganisationen mitgearbeitet haben, werden nun für Wien ideale Voraussetzungen geschaffen. Gerade im urbanen Raum gewinne die Freizeitgestaltung immer größere Bedeutung und der Sport nehme dabei eine dominierende Rolle ein, meinte Gertrude Fröhlich-Sandner.

GR. Joachim Müller (DFP) bemängelte einige Details des neuen Gesetzes, die auch in diesem Fall zu einer politischen Majorisierung der großen Parteien führe, stimmte aber im wesentlichen dem Inhalt dieses Gesetzes vorbehaltlos zu.

Abg. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß durch dieses neue Gesetz die Lebensfragen des Wiener Sports unberührt bleiben. Das neue Gesetz bringe lediglich organisatorische Veränderungen mit sich, enthalte aber keinerlei Grundlagen für eine echte Sporterziehung. Dies sei umso bedauerlicher, da Leibesertüchtigung in der heutigen Zeit zu einer Lebensnotwendigkeit geworden ist. Die sportliche Betätigung nur vor dem Fernsehapparat abzureagieren sei zu wenig, dies beweisen die heute sehr weit verbreiteten Haltungsschäden bei der Jugend. Das "Sich Gesunderhalten" sollte seiner Meinung nach zu einer sittlichen und moralischen Verpflichtung für alle werden. Neue Impulse zu setzen, um dem Sport wieder eine größere Breitenwirkung zu geben, sei unbedingte Notwendigkeit. Zum vorliegenden Gesetzentwurf stellte der Redner zwei Abänderungsanträge.

Abg. Bittner (ÖVP) meinte, daß es sich beim vorliegenden Gesetz um einen "Marathonlauf mit schlechter Endzeit" handle. Die ersten Bemühungen in dieser Richtung hätten bereits im Juli 1954 begonnen, seien bedauerlicherweise aber jetzt erst realisiert worden. Der vorliegende Gesetzesentwurf sei positiv einzuschätzen, jedoch die derzeitige Mittelverteilung im Rahmen der Sportförderung zu kritisieren. Sie schaffe viel zu wenig echte Möglichkeiten und dem sportlichen Erfolg des einzelnen Vereines werde viel zu wenig Rechnung getragen. Zur Schließung des Eislaufvereines Engelmann äußerte er die Befürchtung, daß es dadurch zu einem Trainingsmangel auf dem Eislaufsektor kommen könnte. Auch bei der Leichtathletik bestünde ein echter Mangel an geeigneten Sportstätten. Was den vielzitierten Gegensatz zwischen Breiten- und Spitzensport betreffe, so gebe es diesen heutzutage längst nicht mehr, da die Sportförderung jeweils nach vorhandenem Bedarf beziehungsweise nach erbrachter Leistung erfolge.

Abg. Dr. Rudolf Müller (SPÖ) stellte fest, daß der Sport trotz der vielen Ausschreitungen, von denen man immer wieder höre, die volle Förderung und Unterstützung finden müsse. Sportausübung diene nicht nur der Gesundheit, sie forme und festige den Charakter des Menschen, helfe mit, Strapazen standzuhalten, und mit Niederlagen und Rückschlägen in fairer Art und mit Anstand fertig zu werden. Der Sportler versuche unter Aufbietung aller

seiner Kräfte, den Gegner zu besiegen. Endzweck des Sieges aber dürfte es nicht sein, den Gegner zu erniedrigen. Der Gegner dürfe selbst in der härtesten Phase des Kampfes nicht ein Feind sein.

Der vorliegende Entwurf sei eine gesunde gesetzliche Basis für eine gute Entwicklung des Sports. Um dieses Gesetz zu echtem Leben zu erwecken und eine gesunde Entwicklung des Sports einzuleiten, ist die Mitwirkung der Verbände, Vereine und aller Aktiven notwendig. Wir hoffen und wünschen, schloß der Redner, daß diese Chance von den Sportlern auch tatsächlich ergriffen und richtig genutzt werde. LHStV. Fröhlich-Sandner (SPÖ) erklärte, daß mit Annahme des Gesetzes eine Zusammenfassung aller Sportvereine in einer Körperschaft erfolge, die die Gewähr für eine bessere Koordinierung der Arbeit der Verbände und der Förderungsmaßnahmen biete. Die Stadt Wien sei mit allen ihren Aktionen bemüht, das Interesse des einzelnen schon frühzeitig für den Sport zu wecken und ausreichend Sportmöglichkeiten für die Jugend zu schaffen.

Das Stadion Wien-West werde vielen Wünschen entgegenkommen. Daß das Praterstadion für Großveranstaltungen erhalten bleibe, sei feststehend.

Abstimmung: Die beiden Abänderungsanträge der FPÖ wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Das Landessportgesetz wurde einstimmig angenommen.

Pflichtschulorganisationsgesetz

Eine Vorlage, mit der das Wiener Pflichtschulorganisationsgesetz abgeändert werden soll, wurde von LHStV. Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) erläutert. Die Berichterstatterin erklärte, es handle sich um eine Anpassung an Grundsatzgesetze des Nationalrats. Es gehe dabei um den weiteren Abbau regionaler und sozialer Bildungsschranken.

In diesem Zusammenhang drückte Frau Fröhlich-Sandner ihre Freude und ihre Genugtuung darüber aus, daß Wien einen so hohen Leistungsanteil an dem umfangreichen Versuchs-Schulwesen für sich buchen könne. Sie dankte allen Wiener Lehrerinnen und Lehrern für ihren großen Einsatz.

In der Debatte bekannte sich Abg. Dr. Tuma (DFP) zu den Schulversuchen und zur Schulreform. Tatsächlich bedürfe die Jugend im Zeitalter des Computers einer wirklich neuen, zeitgemäßen Schule. Tuma forderte auch den vermehrten Englischunterricht an den höheren

Schulstufen als sinnvolle Fortsetzung dieses Unterrichtszweiges in der Volksschule.

Abg. Dr. Wolfram (FPÖ) reklamierte die Verdienste um die Schulreform für seine Partei: Die ganze Entwicklung sei ein Ergebnis des Schulvolksbegehrens 1969, für das sich von allen Parteien nur die FPÖ rückhaltlos eingesetzt habe.

Für Schulversuche forderte der Redner zwei Voraussetzungen: Sie müßten der Schulwirklichkeit entsprechen und von gründlicher wissenschaftlicher Kontrolle begleitet sein. Hinsichtlich der Leistungsgruppen erklärte Wolfram, sie seien mit einer negativen Begleiterscheinung behaftet: Das sei die ungünstige Auswirkung auf die Klassengemeinschaft unter den Schülern.

GR. Ascherl (SPÖ) begann mit der Feststellung, daß die Gesetzesänderung der Bedeutung der Schulversuche für die Praxis voll gerecht werde. Natürlich werde man sich auch in Zukunft bemühen, die Zahl der Schulversuche nicht allzu groß werden zu lassen. Die Schulreform sei auch heute nur schritt- und stufenweise durchführbar. Ascherl betonte, daß die Schulversuche in diesem Umfang in Wien nur durch den Einsatz der Lehrer möglich war, die sich in großer Zahl freiwillig zur Verfügung gestellt haben und noch immer zur Verfügung stellen. Vier Versuchsreihen verdienten besonders hervorgehoben zu werden: die Vorschulklassen - im Schuljahr 73 soll es 50 solcher Klassen geben -, die Schulversuche für 10 bis 14jährige an den Mittelschulen zur Neugestaltung der Mittelstufe, die sprachlichen Förderkurse, die vor allem für die Kinder von Gastarbeitern von großer Bedeutung sind, und die Versuche in den Sonderschulen.

Eine permanente Schulreform sei zu bejahen. Seiner Meinung nach sei jedoch eine bessere und frühere Information der Eltern über die Schulversuche unbedingt erforderlich. Für die Elternvereine böte sich hier eine wichtige Aufgabe.

Die Behauptung von Prof. Wolfram (FPÖ), erst das Schulvolksbegehren habe zur Einführung der Schulversuche geführt und die Schulreform in Fluß gebracht, wies Ascherl mit der Bemerkung zurück, daß es seit der Ersten Republik immer die sozialdemokratischen Pädagogen waren, die an hervorragender und führender Stelle zur Weltgeltung des österreichischen und insbesondere des Wiener Schulwesens beigetragen haben.

Er erinnerte daran, daß unter einem sozialistischen Unterrichtsminister in der letzten Zeit Schulfahrtbeihilfen, kostenlose Schulbücher und Schülerbeihilfen beschlossen wurden - Aktivitäten, von denen man noch kurze Zeit vorher nicht zu träumen wagte.

Auch LHStv. Gertrude Fröhlich-Sandner hob im Schlußwort den übergroßen Anteil sozialdemokratischer Pädagogen an Schulreformen jeder Art in den letzten 50 Jahren hervor und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich nicht zuletzt durch die Änderung des Wiener Pflichtschulorganisationsgesetzes die Schule immer mehr zur echten Lebensschule entwickeln werde. Durch das neue Gesetz sei Wiens hervorragende Stellung auf dem Schulwesen auch in Zukunft gesichert, schloß die Berichterstatteerin.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

(Schluß der Landtagssitzung.)

- - -

Internationales Jugendmusikfestival hat Sitz in Wien
=====

Wien, 7.7. (RK) Im Verlauf eines Abendempfanges für die Vertreter der in- und ausländischen Presse wurde Donnerstag mitgeteilt, daß das Internationale Jugendmusikfestival künftig von einem gleichfalls Donnerstag konstituierten Verein durchgeführt wird, der seinen Sitz in Wien hat. Der Verein trägt den Namen "Internationale Vereinigung für kulturellen Austausch" und hat Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner eingeladen, das Amt eines Ehrenpräsidenten zu übernehmen, was von ihr akzeptiert worden ist. Präsident der Vereinigung ist der Rechtsanwalt Dr. Rudolf Götz, der geschäftsführende Wiener Vizepräsident Dkfm. Helga Biegel, der die US-Seite vertretende Vizepräsident Dr. Richard H. Janger.

Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner unterstrich ihre Freude darüber, daß das Internationale Jugendmusikfestival - es feiert heuer bekanntlich seine Premiere - zu einer ständig wiederkehrenden Veranstaltung werden soll, die noch dazu ihren Sitz in Wien gefunden hat. Das Internationale Jugendmusikfestival, das von amerikanischer Seite initiiert worden ist, werde also zu einer höchst erfreulichen Fortsetzung der Wiener Festwochen und zu einer musikalischen Attraktion werden, die das kulturelle Wiener Sommerleben in begrüßenswerter Weise bereichert. Sie hieß abschließend die an der Pressekonferenz teilnehmenden Akteure aus den Vereinigten Staaten willkommen. An der Spitze das Ehepaar Asher, durch dessen großzügige finanzielle Unterstützung es möglich geworden ist, das Jugendmusikfestival zu starten. Weiters begrüßte sie Dr. William Revelli, unter dessen musikalischer Gesamtleitung die zahlreichen Darbietungen in Wien und in verschiedenen österreichischen Bundesländern stehen, sowie Dr. Warren Freeman, der seit vielen Jahren Studienreisen nach Europa organisiert und betreut und Leiter eines diesem Zweck gewidmeten Stipendienfonds ist.

Die offizielle Eröffnung der Internationalen Jugendmusikfestwoche findet kommenden Dienstag um 15 Uhr vor dem Schloß Schönbrunn statt.

Ab 12. Juli:

Einbahnführung der Ringstraße

Wien, 7.7. (RK) Stadtrat Dr. Maria Schumayer und Polizeipräsident Josef Holubek berichteten Freitag bei einer Pressekonferenz im Rathaus über eine tiefgreifende Änderung in der Verkehrsorganisation. Die Wiener Ringstraße wird von der Urania bis zum Ringturm Einbahn. Gleichzeitig wird auch der Franz Josefs-Kai zwischen Schwedenbrücke und Aspernplatz als Einbahn geführt. Die gegenläufige Einbahn zum Ring ist bekanntlich bereits in Form des sogenannten Innenringes vom Schottentor bis zur Einmündung der Dominikanerbastei beim Franz Josefs-Kais vorhanden. Die Umstellung der Ringstraße wird in der Nacht vom 11. zum 12. Juli, ab 21 Uhr, beginnend beim Ringturm vorgenommen.

Für die Autofahrer wird die neue Einbahnführung eine erhebliche Umstellung in den Fahrgewohnheiten mit sich bringen. Dabei muß besonders darauf geachtet werden, daß die Straßenbahn auf dem Ring wie bisher in beiden Richtungen verkehren wird, die Tramway also auf der linken Seite der Einbahn im Gegenverkehr fährt. Auf dieser Seite wurden doppelte Sperrlinien angebracht.

Eine besondere Regelung mußte für die Nebenfahrbahnen des Ring getroffen werden: Die stadtseitig gelegene, innere Nebenfahrbahn wird im gesamten Zug der Ringstraße lediglich im Sinne der Einbahn für Zufahrten benützt werden können.

Für die stadtauswärts gelegene, linke Nebenfahrbahn hingegen wurde festgelegt, daß sie, von wenigen kleinen Teilen ausgenommen, entgegen der Ringeinbahn, aber ebenfalls nur für Zufahrten, benützt werden kann. Das heißt, daß die Autofahrer an den meisten Kreuzungsbereichen in der Nebenfahrbahn ein Rechtsgebot Richtung stadtauswärts vorfinden werden. Lediglich im Zuge der Börsegasse ist von der Nebenfahrbahn aus das Linksabbiegen in den Ring oder weiter in die Börsegasse zwingend vorgeschrieben.

Die Umstellung des Ring zur Einbahn bedingt natürlich den Umbau der bestehenden Lichtsignalanlagen beziehungsweise den

Neubau von insgesamt vier zusätzlichen Anlagen. Diese neuen Anlagen werden im Bereich Wipplingerstraße, Stadiongasse, äußeres Burgtor und Weihburggasse installiert. Die Umstellung der vorhandenen Lichtsignalanlagen wird ab 12. Juli in verschiedenen Etappen bis Ende August abgeschlossen sein. Während dieser Umstellungsphase werden von der Polizei die Kreuzungen selbstverständlich händisch geregelt werden. Zugleich mit der Einbahnführung der Ringstraße werden zudem im Bereich Stubenbastei - Lueger Platz und Lueger Platz - Dominikanerbastei im Zuge des Innenringes neue Ampelanlagen in Betrieb gehen.

Nach Umstellung des Ring zur Einbahn werden noch verschiedene Arbeiten der Verkehrsbetriebe und der Straßenbauabteilung in der Ringstraße durchgeführt. Diese Regelung wurde deshalb getroffen, weil Bauarbeiten, die zwangsläufig zu Behinderungen führen, sich in einer Einbahn weniger stark auswirken als in einer Straße mit Gegenverkehr.

Für die Wiener Polizei stellt die Umstellung der Ringstraße natürlich ein Großereignis dar, dem durch einen verstärkten Personaleinsatz Rechnung getragen wird. Während der ersten Zeit der Einbahnführung werden zusätzlich 28 Beamte im Bereich der Ringstraße eingesetzt, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten und den Autofahrern zu helfen, sich mit der grundlegend geänderten Situation vertraut zu machen.

Auch der Autobusbetrieb der Wiener Verkehrsbetriebe muß der Einbahnführung des Ring Rechnung tragen und seine innerstädtischen Linien von vier auf drei reduzieren: Linie 1 vom Schottentor zum Hauptzollamt, Linie 2 von der Babenbergerstraße beziehungsweise Bellariastraße zum Schwedenplatz und Linie 3 von der Oper zum Ringturm.

In allen 104 Wachzimmern der Wiener Polizei werden die vom PID in einer Auflage von 80.000 Stück hergestellten Flugblätter aufliegen. Diese Flugblätter werden auch durch ~~Vienn~~essen heute sowie Montag und Dienstag kommender Woche an Autofahrer verteilt. Zusätzlich werden die beiden Autofahrerverbände, die Wiener Kammer, die Fremdenverkehrsstelle und selbstverständlich auch die Verkehrsbetriebe die Flugblätter zur Verteilung bringen

Einbahnführung Ring"Eine ~~Keine~~ Revolution"

Wien, 7. 7. (RK) Als eine "kleine Revolution" bezeichnete Polizeipräsident H o l a u b e k im Verlauf der Pressekonferenz die Einbahnführung der Wiener Ringstraße. Diese Umstellung führe für die Wiener Polizei zu höchsten Anspannungen auf dem Personalsektor. So wie Polizeipräsident H o l a u b e k appellierte auch Stadtrat Dr. Maria S c h a u m a y e r an die Wiener Autofahrer, gerade in den ersten Tagen der Umstellung größte Disziplin zu wahren. Nur so werde es rasch möglich sein, die Anfangsschwierigkeiten zu überwinden.

Sehr ausführlich beschäftigte sich Frau Dr. Schaumayer mit der Funktion des Innenringes, wobei sie darauf hiniwies, daß dieser Straßenzug nicht als gleichwertiger Zwillings zur Einbahn des Ringes angesehen werden könne. Dazu würde die Kapazität des Innenringes nicht ausreichen. In der Gegenrichtung zum Ring stünden ja bekanntlich überdies auch die Lastenstraße und für gewisse Verkehrsrelationen der Kai zur Verfügung. Die Stadträtin wies überdies auf die Bedeutung dieser Ring-Einbahnführung für das Beschleunigungsprogramm der Straßenbahn hin.

In der Diskussion erklärte Baudirektor Prof. Dr. Rudolf K o l l e r, ein früherer Umbau des Aspernplatzes hätte keinerlei Erleichterungen gebracht, sondern lediglich einen unnötigen Aufwand, weil ja bis Ende September die Straßenbahnlinien 0 und 78 den Aspernplatz noch queren. Erst danach würden die Gleise weggenommen werden und entsprechend den Verkehrsrelationen der Umbau des Platzes sinnvollerweise vorgenommen werden können.

- - -

Weitere Verkehrsmaßnahmen:Einengung des Neubaugürtels
=====

Wien, 7.7. (RK) Der Neubaugürtel wird am Montag und Dienstag kommender Woche jeweils zwischen 8.30 und 15.30 Uhr im Bereich der Stollgasse zufolge Arbeiten der Wasserwerke auf eine Fahrspur eingeengt. In den Hauptverkehrszeiten wird es diese ~~Einengung~~ also nicht geben.

- - -

Berichtigung
=====

Wien, 7.7. (RK) Das Konzert der Musikkapelle der Wiener Gaswerke im Baumgartner Kasinopark um 17.30 Uhr findet nicht - wie in unserer Aussendung vom 5. Juli über die musikalischen Veranstaltungen der kommenden Woche mitgeteilt - am Freitag, sondern am Mittwoch, dem 12. Juli, statt.

- - -

Wiener Gemeinderat
=====

Wien, 7.7. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Felix Slavik trat der Wiener Gemeinderat nach der Landtagssitzung zusammen. Von der DFP lagen zwei Anfragen vor.

Ein ÖVP-Antrag, betreffend den sachgemäßen Abtransport von Altöl, wurde dem zuständigen Tiefbauausschuß zugewiesen.

Mietverträge

GR. Schemer (SPÖ) beantragte den Abschluß von Verträgen mit den Eigentümern der Häuser Doblhoffgasse 9, Auerspergstraße 4, Volksgartenstraße 1 und Hansenstraße 3 über die Miete von Büroräumen beziehungsweise Räumen für die Zwecke der UNIDO.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Bauliche Umgestaltung im Stadionbad

GR. Hermine Fiala (SPÖ) stellte den Antrag, im Zuge von Erneuerungen die Einfriedung rund um das Wiener Stadionbad mit einem Kostenerfordernis von einer Million Schilling zu erneuern.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Gleichfalls das Wiener Stadionbad betraf ein Antrag von GR. Gawlik (SPÖ), der die Erweiterung des Haupteinganges und des Kabinentraktes sowie die Instandsetzung des Familienbeckens mit einem Kostenerfordernis von 6,9 Millionen Schilling vorsieht.

GR. Dr. Tuma (DFP) regte die Einführung eines Nulltarifes für Kinder in den städtischen Bädern an. Zum gestellten Antrag machte er der Stadtverwaltung den Vorwurf, "baumfeindlich" zu sein, da bei der Realisierung dieses Projektes mehrere Bäume geopfert werden müßten.

GR. Gawlik wies in seinem Schlußwort die aufgestellten Behauptungen als eine Unterstellung zurück. Wien könne vielmehr nach wie vor für sich das Recht in Anspruch nehmen, eine Stadt zu sein, in der das "soziale Grün" Vorrang besitzt.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Umbau eines Amtsgebäudes

Für den Umbau des Gebäudes Ebendorferstraße 4, das 1966 erworben wurde, beantragte Stadtrat Pfoch (SPÖ) die Bereitstellung von 19,3 Millionen Schilling. Der Architektenentwurf berücksichtigt die Wünsche des Bundesdenkmalamtes. So wird das Objekt bis zum zweiten Geschoß in unverändertem Bauzustand belassen. Geplant ist eine zeitliche Nutzung durch die UNIDO, später werden städtische Dienststellen in dem Gebäude untergebracht.

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) vertrat die Meinung, daß durch den Umbau des Gebäudes die Ensemblewirkung des Rathausviertels störend beeinträchtigt würde. Es sei nicht einzusehen, warum die Fassade nicht in ihrem ursprünglichen Zustand belassen werden könnte. Es scheine auch zu teuer, für ein Provisorium rund 20 Millionen aufzuwenden.

Stadtrat Pfoch betonte abschließend, daß die Auflagen des Bundesdenkmalamtes bei der Planung berücksichtigt wurden und das neue Ensemble sich dem sogenannten "Felderhaus" vollkommen anpaßt. Es handelt sich auch um kein Provisorium, da die Räume nach Freiwerden durch die UNIDO von städtischen Dienststellen bezogen werden. Es sind seitens der Rathausverwaltung auch Bemühungen im Gange, das Amtshaus Rathausstraße 4 unter voller Wahrung der Außenfassade umzubauen.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Schulbau für Per Albin Hansson-Siedlung Ost

GR. Hermine Fiala (SPÖ) beantragt, für die Errichtung eines 40klassigen Schulbaues (Schule-Wohnhaus) in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost im 10. Bezirk 66 Millionen Schilling zu genehmigen.

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) bezeichnete einen so viele Klassen umfassenden Schulbau als monströs. Das Ideal unserer Zeit wäre eine ebenerdige oder höchstens ein- bis zweigeschoßige Schultype im Grünen. Er sprach sich auch entschieden gegen die Möglichkeit aus, gegebenenfalls nicht benötigte Klassen als Wohnungen umzuwidmen, da für beides ganz andere Voraussetzungen gegeben seien. Man müßte sich Gedanken über die Fünf-Tage-Woche auch in der Schule machen, über die Einführung der Ganztagschule und ähnliches. Dazu wären die nötigen Küchen, Aufenthaltsräume und Nebenräume zu planen. Abgehen müßte man auch davon, Klassen für 35 bis 40 Kinder zu bauen.

GR. Fiala erklärte abschließend, daß alle erforderlichen Nebenräume eingeplant seien. Das zu beschließende Vorhaben Schule-Wohnhaus ist ein Versuch und soll dazu dienen, den Spitzenbedarf zu decken. Die Architekten haben bei der Planung natürlich mit der Schulverwaltung zusammengearbeitet.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Flächenwidmungen

GR. Dinhof (SPÖ) empfahl als Berichterstatter die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Teilgebiet des 14. Bezirks. Dinhof wies dabei auf die große Bedeutung der Linzer Straße für den Verkehr vom und zum Westen hin.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) erklärte, eine Verbreiterung der Linzer Straße würde leider auf Kosten der Vorgärten erfolgen. Im übrigen würde ein Gasthaus seinen Gastgarten verlieren, was für den Eigentümer zu einer Existenzfrage werden müßte.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

GR. Michalica (SPÖ) beantragte als Berichterstatter ebenfalls eine Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes: Im 4. Bezirk soll dadurch der Republik Österreich die Möglichkeit gegeben werden, Gebäude für die Technische Hochschule zu errichten.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte den durch die geplante Bauhöhe verringerten Lichteinfall bei diesem Projekt.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Grundkauf am Bisamberg

GR. Edlinger (SPÖ) referierte den Antrag für einen Grundkauf am Bisamberg. Die Stadt Wien will vom Chorherrn-Stift Klosterneuburg rund 100.000 Quadratmeter für einen Kaufpreis von rund einer Million Schilling erwerben. Zweck des Grundkaufs ist die Sicherstellung des Erholungsgebietes, die Einbeziehung eines Teiles der Grundfläche in den künftigen Naturpark Bisamberg.

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) erinnerte daran, daß die Wiener Stadtverwaltung für die Bewohner Wiens und Niederösterreichs in den letzten Jahren mehr als eine Million Quadratmeter Grund auf dem Bisamberg gekauft habe. Im Namen der Bewohner Floridsdorf und im

Namen aller Wiener wolle sie der Stadtverwaltung den Dank dafür aussprechen, daß alles daran gesetzt werde, das Erholungsgebiet Bisamberg zu erhalten und zu vergrößern. Sie sprach die Hoffnung aus, daß in Zukunft die Zusammenarbeit zwischen Wien und einzelnen niederösterreichischen Gemeinden im Hinblick auf die Schaffung des künftigen Naturparks ähnlich gut funktionieren werde wie beim Erholungszentrum Laxenburg.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Abbruch des Forumkinos

Den Abbruch des Forumkinos und den Neubau eines Verwaltungs- und Bürogebäudes an dieser Stelle hatte ein Antrag von GR. Mayrhofer (SPÖ) zum Inhalt. In einem Vertrag mit der GESIBA wird dieser Gesellschaft für dieses Grundstück unentgeltlich ein Baurecht auf die Dauer von 30 Jahren eingeräumt. Die GESIBA verpflichtet sich ihrerseits, ein Bürogebäude mit 16.000 Quadratmetern Nutzfläche zu bauen und davon 13.400 Quadratmeter der Stadt Wien zu vermieten. Nach 30 Jahren soll das Bürogebäude entschädigungslos in den Besitz der Stadt Wien übergehen. Zur Freimachung des Grundstückes ist weiters ein Absiedlungsbetrag von 35 Millionen Schilling notwendig, den die Stadt Wien zahlen soll. GR. Mayrhofer erwähnte, daß mehrere Varianten geprüft wurden und der Standort des derzeitigen Forumkinos sich am günstigsten erwiesen habe. Der Neubau bringe mehrere Vorteile. Erstens könne das kommunale Datenzentrum untergebracht werden, für das zur Zeit teure Räume gemietet werden müssen, zweitens ergebe sich für die Bevölkerung durch die Konzentration mehrerer Dienststellen ein großer Vorteil.

Die Unterbringung des EDV-Zentrums in Rathausnähe sei nicht unbedingt notwendig, argumentierte GR. Hirnschall (FPÖ). Er vermute, daß nicht zuletzt das Prestigebedürfnis einiger Magistratsabteilungen, eine Adresse in der Wiener Innenstadt zu haben, eine große Rolle gespielt habe. Außerdem sei das Gebäude des Forumkinos relativ neu. Das Kino sei erst vor einigen Jahren generalrenoviert worden. 16.000 Quadratmeter unbauter Raum seien überdies zuviel.

Ein hohes Gebäude passe nicht in das Rathausviertel und sei auch als zusätzlicher Verkehrserreger nicht wünschenswert. Er appellierte an den Gemeinderat, von der Stadtplanung Alternativlösungen für bessere Standorte ausarbeiten zu lassen.

In seinem Schlußwort erinnerte GR. Mayrhofer noch einmal daran, daß durch diesen Neubau eine Konzentration der Dienststellen ermöglicht werde.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Kauf einer Liegenschaft

GR. Friedrike Seidl (SPÖ) referierte den Ankauf der Liegenschaft Kohlgasse 27 in Margarethen, die die Stadt Wien vom Restitutionsfonds der Freien Gewerkschaften um den Preis von 900.000 Schilling kaufen will. Das Grundstück ist 433 Quadratmeter groß und soll für den Wohnbau angekauft werden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte, er könne das Motiv für den Ankauf, nämlich den Wohnungsbau, nicht ernst nehmen. Das Areal sei nur 433 Quadratmeter groß, die Stadt Wien besitze kein anschließendes Grundstück und zudem müßte das Haus zuerst von Mietern freigemacht und abgebrochen werden. Der Wunsch des Eigentümers dürfe für die Stadtverwaltung ebenso wie der mögliche Wunsch des größten Mieters, der Bezirksorganisation der SPÖ von Margarethen, dabei keine Rolle spielen. Er lehne daher diesen Ankauf ab.

GR. Dr. Habl (ÖVP) sprach sich ebenfalls gegen den Ankauf dieses Hauses aus. Im Akt heiße es, der Preis sei gerade noch vertretbar und der Eigentümer habe eine angestrebte Preisreduktion abgelehnt. In einem Brief des Anwaltes vom Restitutionsfonds wurde darauf hingewiesen, der Kauf basiere auf einer Abmachung, die der zuständige Stadtrat bereits im Herbst 1971 getroffen habe.

Da die Initiative vom derzeitigen Eigentümer ausgegangen sei, wäre die Stadtverwaltung in der Lage gewesen, in ihrem Sinne die Interessen abzuwägen und hätte eigentlich zum Schluß kommen müssen, daß dieser Hauskauf weder günstig noch nötig sei.

GR. Busta (SPÖ) legte grundsätzlich die Bedeutung der Stadterneuerung in den inneren Bezirken dar: Hier zeigen sich bereits Anzeichen echter Slumbildung. Die Schaffung großer Wohngebiete in den letzten Jahren war eine richtige Politik, nun aber kommt der Zeitpunkt zum Umdenken in Richtung einer Verbesserung der Infrastruktur.

Bei der Transaktion der Liegenschaft Kohlgasse 27 gibt es kein Wunschdenken etwa der Art, als wolle die SPÖ Margareten die Gemeinde Wien als Hausherr bekommen. Die Stadt Wien hat in den letzten neun Monaten kein einziges Grundstück in diesem Bezirk gekauft.

Im Schlußwort unterstrich Berichterstatterin GR. Friedrike Seidl die Bedeutung der Stadterneuerung gerade in Margareten und betonte das Interesse für Kaufangebote aus Privathand.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

GR. Busta (SPÖ) beantragte, die Stadt Wien möge dem Fonds zur Beratung und Betreuung von in- und ausländischen Zuwanderern nach Wien für die Beschaffung von Wohnungen einen Betrag von 3,250.000 Schilling zur Verfügung stellen.

GR. Dr. Tuma (DFP) forderte zunächst Aufklärung über die Fundstätigkeit und meinte, diese könne keinesfalls darin liegen, als Wohnungsvermittler zu fungieren. Er halte daher den vorliegenden Antrag für unzweckmäßig.

GR. Krenn (FPÖ) kritisierte ebenfalls den vorliegenden Antrag, wobei er auch die Gastarbeiterpolitik der Stadtverwaltung einer heftigen Kritik unterzog. Seiner Meinung nach würden hier viel zu sehr politische Interessen im Vordergrund stehen als die Sorge um die Unterbringung der ausländischen Arbeitskräfte.

GR. Busta (SPÖ) unterstrich in seinem Schlußwort die Bedeutung der in- und ausländischen Zuwanderer für die Wiener Wirtschaft. Bei dem vorliegenden Antrag, meinte er, handle es sich um einen Versuch, das Unterbringungsproblem der Zuwanderer nach Wien zu lösen. Ein Weg, der im Interesse Wiens, aber auch im Interesse der fremdsprachigen Arbeitnehmer unbedingt besritten werden sollte.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Experimentierbühne

GR. Ascherl (SPÖ) beantragte, im Französischen Saal des Wiener Künstlerhauses eine Experimentierbühne einzurichten und dafür 50 Prozent der Adaptierungskosten von 7,8 Millionen Schilling und des jährlichen Sachaufwandes von 280.000 Schilling zu übernehmen.

Als einzige Debattenrednerin wies GR. Hermine Fiala (SPÖ) darauf hin, daß der Bund und die Stadt Wien gemeinsam dieses neue Theater schaffen, das an den Wiener Kunstverein vermietet werden soll, der seinerseits wiederum die Bühne an die Komödianten vom Börseplatz vermieten wird. Das Theater wird rund 200 Besuchern Platz bieten und mit einer technischen Perfektion ausgestattet sein, wie sie derzeit keine andere Wiener Bühne aufweist. Dieser multifunktionale Theaterraum werde den verschiedensten Bühnenformen gerecht. Die Rednerin erinnerte überdies daran, daß die Stadt Wien in den letzten vier Jahren die privaten Großbühnen, das Theater an der Wien, das Theater der Jugend und die verschiedenen Klein- und Mittelbühnen mit nicht weniger als rund 250 Millionen Schilling subventioniert habe.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Markt- und Schlachthofgebühren

GR. Dr. Macher (ÖVP) beantragte die Änderung der Entgelte für die Benützung der städtischen Markt- und Schlachthofeinrichtungen. Die Verlegung des Fleischgroßmarktes und die für den Herbst vorgesehene Eröffnung des Großmarktes, die wesentliche Verbesserungen, Modernisierungen und Rationalisierungen mit sich bringen, machen diese Regelung notwendig. Der technische Stand dieser neuen Einrichtungen steht in Europa nach Paris an der Spitze.

GR. Krenn (FPÖ) bezeichnete die vorgeschlagenen Gebühren als viel zu hoch. Sie würden sich ungünstig auf die Fleischpreise auswirken und könnten außerdem dazu führen, daß die niederösterreichischen Schlachthöfe noch mehr als bisher bevorzugt würden. Dadurch bestünde die Gefahr, daß St. Marx ein "Architekturdenkmal" werden könnte und eine ausreichende Fleischversorgung der Wiener Bevölkerung gefährdet würde.

GR. Dr. Macher verwies abschließend darauf, daß die Gebühren einvernehmlich mit allen zuständigen Stellen erarbeitet wurden.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

./.

StR. Nekula (SPÖ) beantragte als Berichterstatter die Genehmigung höherer Strompreise. Der Stadtrat schilderte die Entwicklung, die in Wien dem allgemeinen Trend - Verdoppelung des Stromverbrauchs in rund einem Jahrzehnt - sogar noch voraus-eilt: In Wien ist mit einer Verdoppelung bereits in achteinhalb Jahren zu rechnen.

Nekula machte darauf aufmerksam, daß Versäumnisse in der Errichtung von Erzeugungs- und Verteilungsanlagen für den künftigen Bedarf irreversible Engpässe zur Folge haben müßten. Daher müsse an die Verwirklichung des 15-Milliarden-Investitionsprogramms (Preisbasis 1971) geschritten werden.

Nun sei füglich nicht zu erwarten, daß ein vernünftiger Mensch ein derartiges Investitionsprogramm ausschließlich aus Fremdkapital finanzieren werde. Nekula bezifferte den nötigen Mindestanteil an Eigenkapital mit einem Drittel der Investitionskosten, das sind in diesem Fall rund 5 Milliarden Schilling. Diesem Vorhaben also diene die Erhöhung der seit 1965 stabil gebliebenen Strompreise. Nekula fügte hinzu, daß in ganz Österreich die entsprechenden Schritte (bekanntlich hatten die Verbundgesellschaft ebenso wie die neun Landesgesellschaften die Erhöhung beantragt) unter Blickpunkt auf zwei wichtige Aspekte erfolgt seien: Tarifeinheit als Endziel, gleichzeitig Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft trotz erhöhter Strompreise. Nekula ersuchte die Mitglieder des Gemeinderats um die Annahme der entsprechenden Anträge und fügte hinzu, die E-Werke hätten zweifelsfrei sichergestellt, daß für jeden Abnehmer die höheren Tarife genau am 1. Juni und nicht früher wirksam werden.

GR. Joachim Müller (DFP) meinte, einer Gemeindeverwaltung, die Wirtshäuser baue und in einem einzigen Jahr 14,5 Millionen Schilling für Repräsentation ausgabe, könne die Flucht in Tarifierhöhungen niemals zugestanden werden.

Im Interesse des Umweltschutzes hätte es überhaupt keine Tarifierhöhung des Nachtstromes geben dürfen, die Erhöhung um 23,8 Prozent sei ein Schlag gegen eine Politik im Interesse einer gesunden Umwelt, meinte GR. Klement (FPÖ). Der Redner sprach die Befürchtung aus, daß durch die Erhöhung des Nachtstrompreises der Stromverbrauch in Wien zurückgehen werde und der Ölheizung und

anderen wenig umweltfreundlichen Heizungen der Vorzug gegeben werde. Das vorzeitige Inkasso der erhöhten Gebühren bezeichnete Klement als ungerechtfertigt und ungesetzlich, diese Vorgangsweise sei durch keinen Beschluß gedeckt gewesen.

Auch Dkfm. Ammann (ÖVP) sagte, die Terminfestsetzung sei reine Willkür gewesen. Der rückwirkende Beschluß stelle dem Gemeinderat das Armutszeugnis aus, im Nachhinein etwas zu beschließen, was längst schon ohne gesetzliche Deckung verwirklicht wurde. Die Strompreiserhöhung wäre sicherlich nicht notwendig gewesen, wenn man ausschließlich von Bilanzen des Einzelunternehmens - den E-Werken - ausgegangen wäre. Erst die hohe Subventionierung der Verkehrsbetriebe durch die E-Werke mache die Erhöhung notwendig. Seine Partei bekenne sich ausdrücklich zum Stadtwerkeverband. Man solle jedoch nicht den Kopf in den Sand stecken und von sachlichen Entscheidungen reden, wenn in Wirklichkeit politische Entscheidungen getroffen werden. Die Strompreiserhöhung sei eine solche politische Entscheidung. Seine Partei werde der Stromerhöhung zustimmen, nicht jedoch der Erhöhung des Nachtstrompreises. Im Interesse des Umweltschutzes dürfe es diese Erhöhung nicht geben. Dkfm. Ammann forderte daher getrennte Abstimmungen über die allgemeine Strompreiserhöhung und über die Erhöhung des Nachtstrompreises.

GR. Hirsch (SPÖ) stellte fest, daß das Problem Strompreiserhöhung seit Monaten bekannt sei. Im Interesse der gewaltigen Investitionen in den nächsten Jahren und der Bereitstellung der nötigen Energie für die Bevölkerung müßten dem Unternehmen die notwendigen Mittel gegeben werden. Es handle sich um eine sehr maßvolle Tarifierhöhung.

Allein für das Kraftwerk Donaustadt, die neue Gasturbine und die erforderlichen Folgeeinrichtungen seien in den nächsten Jahren Investitionen in der Höhe von zwei Milliarden Schilling notwendig, stellte Stadtrat Nekula im Schlußwort fest.

Die Rationalisierungen, etwa die automatischen Schalteinrichtungen, seien bereits bis an die Grenze des Möglichen vorangetrieben worden. Die Tarifierhöhung bringe im übrigen den E-Werken 10,3 Prozent Mehrertrag, der Rest müsse an den Verbund gezahlt werden.

Eine Werbung für Nachtstrom sei in den letzten 25 Jahren und auch vorher niemals durch die Wiener E-Werke erfolgt. Lediglich die Nachtstromgeräte-Industrie werbe derzeit dafür.

Akontierung: Die E-Werke haben sich für diese durch die Tarifbestimmungen gedeckte Lösung entschlossen, um die Kunden am Jahresende nicht durch eine zu große Nachzahlung zu belasten. ./.

Einheitstarif: Hier wurden in Österreich bereits erste Ansätze erreicht, die Schwierigkeiten liegen bei der unterschiedlichen Tarifstruktur.

Im Interesse der Versorgungssicherheit, die durch Investitionen auf dem Energiesektor gewährleistet werden muß, sei die Tarifierhöhung notwendig, betonte Nekula abschließend.

Abstimmung: Die Tarifierhöhungen - mit Ausnahme der Nachtstrompreisregulierung - wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Die Nachtstrompreiserhöhung, über die gesondert abgestimmt wurde, wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Gebührenregelung

Finanzstadtrat Otto Schweda referierte über die Erhöhung der Wasser-, Kanal- und Müllabfuhrgebühren. Er führte aus, daß die Stadtverfassung den Gemeinderat verpflichtet, zugleich mit der jährlichen Budgeterstellung auch die Gebühren zu prüfen. Zudem sei für diese drei Bereiche das Prinzip der Kostendeckung fixiert. Zuletzt habe der Gemeinderat den Magistrat im Dezember des Vorjahres verpflichtet, Änderungsvorschläge zu unterbreiten.

Die derzeitigen Wassergebühren seien nur noch zu 67,4 Prozent kostendeckend, da präliminierte Einnahmen von 370 Millionen Ausgaben von 548 Millionen Schilling gegenüberstünden. Beim Kanal seien mit Einnahmen von 68 und Ausgaben von 108 Millionen Schilling nur noch 72,6 Prozent der Kosten gedeckt. Bei der Müllabfuhr belaufe sich derzeit die Kostendeckung auf 92,8 Prozent: 215 Millionen Einnahmen gegenüber 246 Millionen Schilling Ausgaben. Die neue Regelung sehe vor, daß beim Wasser eine Kostendeckung von 93 Prozent erreicht werde, wobei die Sonderregelung für 50 Liter Wasser pro Tag und Kopf beibehalten werde, der Tarif jedoch von 1,80 auf 2,80 Schilling pro Kubikmeter angehoben werden solle. Der Gewerbetarif soll von 2,10 auf 3,30 Schilling und der Normaltarif schließlich von 2,70 auf vier Schilling pro Kubikmeter steigen. Die Zählergebühren sollen unverändert bleiben.

Beim Kanal sei eine durchschnittliche Gebührenerhöhung von 64 Prozent vorgesehen, um 97 Prozent Kostendeckung zu erreichen. Bei der Müllabfuhr soll eine Kostendeckung von 98,7 Prozent erreicht werden. Die monatliche Mehrbelastung für einen Drei-Personen-Haushalt durch alle Tariferhöhungen, fuhr Schweda fort, werde im Durchschnitt 14.20 Schilling ausmachen.

Schweda erinnerte daran, daß die letzte Gebührenregelung im Jahr 1967 vorgenommen worden war und seither, weil ja die Kostendeckung nicht voll gegeben gewesen sei, der Stadt Mindereinnahmen allein beim Wasser von 766 Millionen Schilling erwachsen seien. Obwohl mit der Einführung der Mehrwertsteuer ab 1973 die Betriebe eine zusätzliche Belastung erführen, beabsichtigte er nicht, im kommenden Jahr Korrekturen dieser Gebühren zu beantragen.

Der Finanzreferent erklärte seine Bereitschaft, Mittel bereitzustellen, um den sozial Schwächsten zwischen August und Dezember zufolge der gestiegenen Gebühren eine Art Überbrückungshilfe zur Verfügung zu stellen. Bis Dezember deshalb, weil mit 1. Jänner 1973 die Pensionen um neun Prozent angehoben würden. Er werde unverzüglich, erklärte Schweda, mit Stadtrat Maria Jacobi Verhandlungen über die Details aufnehmen.

GR. Dr. Tuma (DFP) erklärte in der Debatte, die Gebührenerhöhung sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht gerechtfertigt, die Berechnungen des Magistrates seien nicht überzeugend und zudem gäbe es keine Vorschläge, mit Hilfe von Rationalisierungsmaßnahmen dem Kostendeckungsprinzip Rechnung zu tragen. Dr. Tuma stellte sodann einen Antrag, den sozial Schwächsten eine Tarif-Ausgleichs-Zulage von 500 Schilling zu geben.

GR. Krenn (FPÖ) bezeichnete die Berechnungen der vorliegenden Erhöhungen als rein theoretische Zahlenspielereien. Seiner Meinung nach seien die Gebührenerhöhungen zu hoch, stünden in keinerlei Einklang zu den tatsächlichen Erfordernissen und seien daher abzulehnen.

GR. Neusser (ÖVP) kritisierte das zur Verfügung gestellte Zahlenmaterial. Man sollte seitens der Finanzverwaltung bei Gebührenerhöhungen stets die nötige Sorgfalt walten lassen. Dies könne jedoch bei den vorliegenden Gebührenberechnungen keineswegs behauptet werden, dazu seien die zur Verfügung gestellten Unterlagen zu mangel- und fehlerhaft. Deshalb sei die beantragte

Gebührenerhöhung als zu hoch. Abgesehen davon, daß diese eine sehr bedeutende Belastung der einzelnen Haushalte darstelle, sei auch auf die sozial Schwächeren keine Rücksicht genommen worden. Darüber hinaus werden diese Erhöhungen unzweifelhaft negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben.

GK. Ing. Nedwed (SPÖ) beschäftigte sich ausführlich mit den parteipolitischen Aspekten der Tarifierhöhung: Die Österreichische Volkspartei, die im Stadtsenat sitze, die in Wien mitregiere, die über die Verteilung der Steuergelder mitbefinde - dieselbe Partei drücke sich vor jeder unpopulären Maßnahme und stimme nur dann mit, wenn auch die Optik in Ordnung sei: "Aber so leicht ist das nicht mit der Mitverantwortung: Da muß man auch bei unpopulären Entscheidungen mitziehen!"

Die Volkspartei sei es auch gewesen, die aus ihrer früheren Bastion im Landwirtschaftsministerium den "Wasserkrieg gegen Wien" entfesselt habe. Nach dem Verlust dieser Bastion setze sie den Wasserkrieg mit anderen Mitteln fort.

Von der Sache her sei klar, daß der weitere Ausbau der Wassergewinnung nur unter ungeheuren Investitionen möglich sei. Rund 560 Millionen Schilling seien in den nächsten Jahren für die Dritte Wiener Wasserleitung nötig. Und das Ausmaß der Investitionen lasse sich doch klar und eindeutig an der Entwicklungstendenz des Wasserverbrauchs messen: Die konstante Zunahme des jährlichen Wasserverbrauchs in Wien spreche hier eine klare Sprache.

Die Sozialistische Fraktion des Gemeinderates - die im übrigen einstimmig den anfänglichen Entwurf der Finanzverwaltung abgeändert habe - werde der Vorlage zustimmen, erklärte Nedwed. Dies nicht zuletzt deshalb, weil auch nach der neuen Regelung eine soziale Tarifstaffelung und damit eine Berücksichtigung der finanzschwächeren Teile der Wiener Bevölkerung gegeben sei.

In seinem Schlußwort wandte sich Finanzstadtrat Schweda an die ÖVP. sie solle doch die sachliche Notwendigkeit der vorgeschlagenen Erhöhung der Gebühren anerkennen. Die letzte Regulierung wurde im Jahre 1967 vorgenommen. Auf Wunsch der Bundesregierung haben wir im vergangenen Jahr eventuell notwendige Preisregulierungen nicht vorgenommen. Irgendwann müssen wir doch diese Tarife an die volkswirtschaftliche Entwicklung anpassen, sollen wir nicht in eine Situation geraten, die wir nicht verantworten können.

Die Erhöhungen sind volkswirtschaftlich vertretbar, meinte der Finanzstadtrat. Wir haben die Aufgabe, möglichst kostendeckend zu arbeiten. Die notwendigen Preisregulierungen wurden gemeinsam mit dem Kontrollamt errechnet. Schweda kündigte an, daß er sofort nach dieser Sitzung der Finanzgruppe den Auftrag erteilen werde, die Tarifgestaltung vor allem beim Wasser zu überprüfen. Es wird unsere Aufgabe sein, volkswirtschaftlich nicht vertretbare Begünstigungen abzubauen und zu einem Einheitspreis mit Berücksichtigung der sozial Schwachen zu gelangen, sagte der Stadtrat.

Die ÖVP habe den Gebührenspiegel mitbeschlossen. Dieser Gebührenspiegel sei ja die Grundlage für die Tarifregulierung. Direkt an die ÖVP gewandt: "Sie haben es mit Ihnen selbst auszumachen, ob Sie zu wirtschaftlichen Notwendigkeiten Nein sagen, deren Wichtigkeit sie bereits anerkannt haben."

Sowohl ÖGB-Präsident Benya als auch der Präsident der Bundeswirtschaftskammer, Sallinger, hätten beim Österreichischen Gemeindetag der wirtschaftlichen Vernunft das Wort gesprochen. Es gehe nicht an, daß von den Gemeinden in allzu hohem Maß Nutzen gezogen wird. Unter Berücksichtigung der finanziell Schwachen müßten auch die Gemeinden der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen, sollen sie ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Schweda führte weiter aus, er habe bereits im November des Vorjahres bei einer Besprechung mit der ÖVP jene Sätze für die Erhöhung genannt, die heute dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt worden seien. Obwohl am 3. Juli weitere Gespräche bei Stadtrat Heller stattgefunden hätten, habe der ÖVP-Pressedienst bereits am 30. Juni gemeldet, die ÖVP im Rathaus werde die "Preislawine" ablehnen. Weiters erklärte Schweda, daß die Verwaltung den Sondertarif für die 50 Liter pro Person habe abschaffen wollen, dies aber nun nicht geschehe, und daß zudem aus dem Titel der Mehrwertsteuer im Jahr 1973 keine Mehrbelastung für die Bevölkerung erwachsen werde. Schließlich erinnerte der Finanzstadtrat daran, daß er in seinem Referat bereits seine Bereitschaft angekündigt habe, in Form einer Subjektförderung die sozial Schwachen zu unterstützen. Zu Gh. Neusser gewandt, erklärte Schweda, es habe den Anschein, als ob die ÖVP im Rathaus, der Ankündigung des VP-Generalsekretärs Kohlmeier folgend, eine

Länderfront gegen die SP-Regierung anstrebe. Ob diese Gefolgschaft freilich der Gemeinsamkeit im Rathaus dienlich sei, bezweifle er. Es habe den Anschein, als ob die Mehrheit in Wien alle unpopulären Maßnahmen allein durchsetzen müsse. Ob die ÖVP auf die Dauer in der Lage sein werde, so vorzugeben, bezweifle er ebenfalls, meinte Schweda.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Antrag der DFP wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Flächenwidmungsänderung

Die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für die Liegenschaft Kaasgrabengasse 100-114 beantragte GR. Ing. Hofstetter (SPÖ).

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bedauerte, daß in diesem Gebiet während der letzten Jahre ohne ersichtlichen Grund Grünland in Bauland umgewidmet wurde. Der vorliegende Antrag sei abzulehnen, weil damit weitere 4000 Quadratmeter dem Wald- u. Wiesengürtel entzogen würden.

GR. Ing. Hofstetter verwies darauf, daß die Magistratsabteilung 18 und die Bezirksvorstehung gegen den vorliegenden Antrag keinen Einwand erhoben haben. Es wird durch die geplante Ausdehnung des Baulandes nicht mehr Kubatur für die geplanten Terrassenhäuser geschaffen, sondern nur eine Auflockerung der Verbauung im Interesse einer besseren baulichen Gestaltung erreicht.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Haus der Begegnung

GR. Erika Schmid (SPÖ) beantragte Instandsetzungs- und Umbauarbeiten mit einem Kostenaufwand von 2,8 Millionen Schilling, um in der städtischen Wohnhausanlage Lorystraße 40 - 42 ein provisorisches Haus der Begegnung für Simmering einzurichten.

GR. Müller (DFP) bezweifelte, daß der finanzielle Aufwand für dieses Provisorium sinnvoll sei.

GR. Kowarsch (ÖVP) sprach von einem "unzweckmäßigen Provisorium, wodurch ein scheinbar unbrauchbares Parteilokal der SPÖ nun adaptiert wird". Unzweckmäßig auch deshalb, weil das Lokal innerhalb eines Wohnblocks liegt und durch Veranstaltungen eine Belästigung der Bewohner zu befürchten sei.

Kowarsch forderte in einem Gegenantrag den ehestmöglichen Bau eines neuen Hauses der Begegnung in Simmering.

GR. Paulas (SPÖ) unterstrich, daß mit dem Projekt ein langgehegter Wunsch der Simmeringer Bevölkerung in Erfüllung gehe.

In ihrem Schlußwort betonte Berichterstatterin GR. Schmid daß das Haus der Begegnung nicht nur SPÖ-Anhängern sondern der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stehe. Als Beweis dafür, daß die Umwandlung eines Parteilokals in ein öffentlich zugängliches Lokal durchaus erfolgreich sein kann, nannte die Berichterstatterin das Floridsdorfer Haus der Begegnung.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ, FPÖ und DFP angenommen. Der ÖVP-Gegenantrag wurde von SPÖ, FPÖ und DFP abgelehnt.

Mietvertrag

Letzter Punkt der Tagesordnung war der Abschluß eines Mietvertrages mit den Eigentümern des Hauses Schottenring 25. Der Gemeinderat billigte einstimmig die Vereinbarung, wonach 2.200 Quadratmeter Büroräume in diesem Haus gemietet werden.

Schlußrede des Bürgermeisters

Abschließend wies Bürgermeister Felix Slavik darauf hin, daß in den 21stündigen Beratungen der beiden letzten Tage erst Bilanz gezogen worden sei, dann aber die Weichen für die Zukunft gestellt wurden. Der Bundeskanzler hat in seinem Bericht über die wirtschaftliche Lage auf die großen Fortschritte in Österreich hingewiesen. Wien hat an dieser Entwicklung großen Anteil:

Bei einem Bevölkerungsanteil von 22 Prozent erbringt Wien 28 Prozent des Bruttonationalproduktes.

Das Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung zeige neue Aspekte, erklärte der Bürgermeister. Zusammen mit der Entwicklung eines gewissen Umweltbewußtseins steige auch das Interesse für kommunale Fragen. Diesem Trend trügen die Massenmedien dadurch Rechnung, daß sie ihren Lesern kommunale Probleme präsentieren. Der Bürgermeister betonte ausdrücklich seine Befriedigung über die Aktionen für ein grünes Wien und mehr Kinderspielplätze und erklärte, er begrüße ein vermehrtes Interesse der Massenmedien für kommunale Probleme.

Zuletzt wünschte der Bürgermeister allen Wienerinnen und Wienern guten Urlaub, beste Erholung und gesunde Rückkehr. An die Eltern richtete er die eindringliche Bitte, bei Reisen die Kinder nicht zu überfordern.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

Gemeinderat (Nachlese)

=====

Wien, 7.7. (RK) Mehr als 160 Tagesordnungspunkte wurden Freitag im Wiener Gemeinderat ohne Debatte angenommen. Neben verschiedenen Straßen-, Schul- und Wohnbauten wurde eine Reihe von Grundtransaktionen sowie die Errichtung mehrerer Verkehrsampeln genehmigt. Umfangreiche Subventionen gelangten auf den Gebieten Sport, Film, Theater und Ausstellungswesen zur Ver- gabe.

Für den Betrieb der Pensionistenklubs in der Periode 1972/73 wurden insgesamt 10,2 Millionen Schilling genehmigt. Außerdem wurde beschlossen, für Pensionistenklubs mit mehr als 100 Teilnehmern künftig drei statt zwei Betreuerinnen vorzusehen. Insgesamt verfügt Wien über 125 Pensionistenklubs.

Nachdem am Vormittag der Landtag die Altstadterhaltungs- novelle zur Bauordnung gebilligt hatte, genehmigte der Gemein- derat 10,5 Millionen Schilling für Zwecke der Altstadterhaltung. Außerdem wurden 492.000 Schilling für die zweite Tranche der Altfassadenaktion 1972 vergeben.

- - -

Brand im Hanuschkrankenhaus

=====

Wien, 7.7. (RK) Bei Dachdeckerarbeiten einer Wiener Privat- firma auf dem Wirtschaftsgebäude des Hanuschkrankenhauses ent- zündete sich abgefüllter Teer an der Propangasflamme des Schmelzofens. Zwölf Quadratmeter geteerter Dachpappe auf dem Hausdach und drei Propangasflaschen gerieten dadurch in Brand. Die Feuerwehr brachte den Brand rasch unter ihre Kontrolle, eine weitere Ausbreitung der Flammen konnte verhindert werden.

- - -